

Arbeitsvermittlung und Volkswirtschaft.**Ausbeutung von Näherinnen.**

Mittwoch erschien im „Neuen Wiener Tagblatt“ folgendes

Inserat:

Näherinnen auf alle Sorten Militärwäsche, welche mehrere Maschinen haben, können sofort gegen Einlage Arbeit haben. Wäschefabrik Rosenberg, 7. Bez., Seidengasse 26.

Natürlich kamen Frauen in Massen. Zuerst wurde ihnen zugeschnittener Stoff gezeigt, aus dem sie Polster machen sollen, die etwa 70 bis 80 Zentimeter lang, 30 bis 32 Zentimeter breit wären. Die Näherinnen mühten auch den Zwirn beistellen und bekämen dann für das Nähen eines solchen Polsters — zwei Heller! Das schien den Unglücklichen noch annehmbar. Jede erlegte nun ein paar Kronen als Kaution für den Stoff — das ist die Bedingung, daß Rosenberg überhaupt Arbeit ausgibt. Als nun Frauen zu dem Schalter kamen, wo sie den Stoff bekommen sollten, bekamen sie anderen, als der ihnen gezeigt wurde, und zwar Stoff für Säcke aus grober Ohleinwand. Diese Säcke sollen 49 Zentimeter lang und 36 Zentimeter breit sein; es sind zwei Doppelnähte der Länge nach zu machen, an einer Schmalseite ist der Sack zu säumen, dann sind zwei Löcher zu machen und einzufassen und eine Schnur einzuziehen. Der Lohn für diese Arbeit ist nun — etwas über einen Heller. Für zehn Stück, so erklärte Rosenberg, zahle er zwölf Heller. Er gab auch den Zwirn dazu. Eine Frau, die fünf Kronen Kaution erlegt hat, übernahm nun Stoff für fünfzig Säcke. Sie hatte also Aussicht, für die ganze Arbeit sechzig Heller zu bekommen. Sie arbeitete gestern daran von 1/6 Uhr früh bis 1/1 Uhr nachmittags, aber nicht nur sie allein — ihr Mann half ihr. Zwei Personen hätten also für sechsdreiviertelstündige Arbeit sechzig Heller bekommen. Für eine Arbeitsstunde wären demnach etwas über vier Heller gezahlt worden! Dabei hatte die Frau noch die Wohnung und die Maschine leizustellen und zweimal die fünfzig Säcke zu schleppen. Als sie nun aus Ottakring in die Seidengasse kam, um die fertige Ware abzuliefern und die sechzig Heller zu holen, wurde ihr gesagt, daß ihr das Geld für den Zwirn abgezogen werde, das wären dreißig Heller! Dreißig Heller wollte also Rosenberg für die Arbeit zahlen, an der zwei Personen sechsdreiviertel Stunden schufteten, samt dem Ersatz für die Wohnung, die Maschinenabnutzung und die Wege! Der Frau sind beim Nähen auch zwei Nadeln gebrochen, die zehn Heller kosten! Es wären ihr also zehn Heller geblieben; sie hat auf den Wegen sicher mehr Schuhe abgenützt. Sie erhob Widerspruch und so bequeme sich der Ausbeuter dazu, ihr die sechzig Heller zu geben, doch hatte er die Keckheit, die Unglücklichen ein „Pac“ zu nennen.

Die Not der Kriegszeit darf nun nicht zu so schauderhafter Ausbeutung benützt werden. Es ist zweifellos, daß die Militärverwaltung dem Rosenberg für die Waren so viel gibt, daß er angemessene Löhne zahlen kann. Wenn die Herren, die die Arbeit vergeben, die Preise berechnen, so werden sie sicher nicht solche erbärmliche Hungerlöhne veranschlagen, wie sie Rosenberg zahlt. Dringende Pflicht der Kriegsverwaltung ist es, sofort darauf zu achten, daß nicht gewissenlose Heereslieferanten die Not der Arbeiterinnen zu so entsetzlicher Ausbeutung ausnützen. Der Krieg dient doch nicht dazu, daß den Näherinnen von profitgierigen Unternehmern das Blut ausgesogen werde!

Die Schanzengräber müssen ein Sechstel ihres Verdienstes der Straßenbahn geben!

Ein Genosse, der in Stammersdorf beim Schanzengraben beschäftigt ist, klagt mit Recht, daß ein großer Teil seines Verdienstes für Straßenbahnkarten ausgeht. Er wohnt in Meidling und muß nicht weniger als 66 Heller täglich für Straßenbahnfahrkarten ausgeben, und zwar am Morgen von Meidling bis Groß-Redlersdorf 12 Heller und von Groß-Redlersdorf bis Stammersdorf 14 Heller. Am Abend gibt es bekanntlich in Wien noch keinen ermäßigten Tarif für Arbeiter und der Genosse mußte sich daher von Stammersdorf bis zur Brigittabrücke eine Zwanzighellerkarte lösen und von dort bis Meidling neuerdings 20 Heller bezahlen. Da der Tagesverdienst nur 4 Kronen beträgt — dem Gerücht, daß man manchen Arbeitern auch nur 5 Kronen 50 Heller zahlen will, können wir keinen Glauben

denken — muß also der Arbeiter ein volles Sechstel seines Verdienstes für Straßenbahnfahrten ausgeben; denn fahren muß er, da es unmöglich ist, von und nach der Arbeit den endlosen Weg von Meidling nach Stammersdorf zu machen. Wir erwarten, daß der Bürgermeister sofort veranlaßt, daß diesen Arbeitern, die Schanzen graben, billigere Straßenbahnfahrten gewährt werden. Da jeder dieser Arbeiter eine Blechtasche mit Nummer trägt, so braucht diesen Leuten keine besondere Legitimation ausgestellt zu werden und man kann ihnen auf Grund der Tafel ermäßigte Karten geben. Am einfachsten und angemessensten wird es sein, wenn man diese Arbeiter am Morgen und am Abend für zehn Heller Karten die Strecke zwischen ihrem Arbeitsplatz und ihrer Wohnung fahren läßt. Daß diesen armen Teufeln täglich ein volles Sechstel ihres kargen Verdienstes für die städtische Straßenbahn abgeknöpft werde, wird auch der Bürgermeister nicht wollen. Wenn der Stadtrat die Scharfschützen und Veteranen ganz umsonst fahren läßt, so kann er diese Arbeiter mindestens auch um zehn Heller fahren lassen.

Abgrabung des Inundationsgebietes.

Wie bekannt, hat die Donauregulierungskommission beschlossen, zur Bekämpfung der durch den Krieg in Wien hervorgerufenen Arbeitslosigkeit die Abgrabung des Inundationsgebietes im Wiener Donaueck sofort in Angriff zu nehmen, den Umbau der Kaiser Franz Josephs-Brücke programmgemäß fortzusetzen und die Arbeiten zur Herstellung der Kaiser- und Stützmauern am Donaueck beim sogenannten Scharfen Eck und bei der Aspernbrücke zu vergeben. Von der Staatsverwaltung ist Veranlassung getroffen worden, daß auch die Regulierungsarbeiten an der Marchgrenzstraße, soweit es die Verhältnisse nur irgendwie zulassen, programmgemäß in Angriff genommen und fortgesetzt werden.

Die Arbeitslosenunterstützung in Algersdorf.

Wir haben mitgeteilt, daß der Bürgermeister von Algersdorf die von der Gemeindevertretung eingeführte Arbeitslosenunterstützung aufgehoben und das mit dem Kriege begründet hat. Nach einer Rücksprache mit den sozialdemokratischen Gemeindebeiräten hat er aber wieder den alten Zustand hergestellt und die Arbeitslosenunterstützung wird so, wie sie von der Gemeindevertretung beschlossen wurde (nämlich als Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften), wieder ausbezahlt.

Notstandsarbeiten bei den niederösterreichischen Landesbahnen.

Der niederösterreichische Landesausschuß hat beschlossen, eine größere Anzahl von Bauarbeiten bei den niederösterreichischen Landesbahnen fortzusetzen und alle einlaufenden Rechnungen sofort zur Zahlung anzuweisen. Zu diesem Zwecke wurde für das laufende Jahr 1914 ein Betrag von mehr als einer Million Kronen bewilligt.